

**Pressegespräch zur Vorstellung der Orientierungshilfe „Menschenwürdiges Einkommen in der globalisierten Welt“ des DGB und der Deutschen Kommission Justitia et Pax am 30. August 2012 in Berlin**

Statement: Gertrud Casel, Geschäftsführerin Justitia et Pax

Wie kommt nun die Deutsche Kommission Justitia et Pax, ein kirchlicher Akteur, zur gemeinsamen Erklärung mit dem DGB zu menschenwürdigem Einkommen in der globalisierten Welt. Justitia et Pax ist eine Einrichtung von Deutscher Bischofskonferenz und Zentralkomitee, also den katholischen Bischöfen und Laienorganisationen zur Förderung von Menschenrechten, Entwicklung und Frieden; wir engagieren uns für Menschenwürdige Arbeit aus der Perspektive der weltweiten Armutsbekämpfung. Und in der Entwicklungspolitik wird leider auch zu wenig wahrgenommen, dass es arbeitende Menschen sind, die von Armut und auch extremer Armut betroffen sind.

So sieht die Situation des arbeitenden Menschen in einer globalisierten Welt aus: 2,7 Mrd. leben in absoluter Armut mit weniger als 2 Dollar pro Tag. Arm sind auch Menschen, die in Arbeit und Brot stehen, zu den working poor zählen global 1,2 Mrd. Menschen. Auch in Deutschland verzeichnen wir zunehmendes Lohndumping: 2,2 Mio. Menschen verdienen weniger als 6 € und 1,2 Mio. weniger als 4 € die Stunde. Aus vielfältigen Gründen und in sehr unterschiedlichen Ländersituationen erhalten Menschen nicht den angemessenen Lohn, bzw. nicht das gerechte Einkommen für ihre Arbeit. In Schwellen- und Entwicklungsländern sind dies überwiegend informell Beschäftigte.

Wir haben uns in einem Gesprächskreis mit dem DGB schon seit 2006 Initiativen entwickelt, wie wir als Kirche mit den Gewerkschaften als global vernetzte Akteure unter den Bedingungen zunehmender Ungleichheit uns für soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit einsetzen können. Ein Vorläufer dieser Orientierungshilfe, ein Text zur „Menschenwürdigen Arbeit in der globalisierten Welt“ wurde im April 2007 veröffentlicht. Er wurde im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, im ECOSOC, als einige der wenigen zivilgesellschaftlichen Positionen angenommen und als offizielles Dokument der UN veröffentlicht. Zum Ende des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und soziale Ausgrenzung haben wir, ebenfalls DGB und

JP, im Dezember 2010 unsere Bewertung abgegeben und ein Resümee gezogen. In beiden Dokumenten werden effiziente Soziale Sicherungssysteme und Existenzsichernde Mindestlöhne gefordert, die vor allem informell und prekär arbeitende Menschen vor Armut schützen sollen.

Menschenunwürdige Arbeits- und Einkommensbedingungen sind nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für die Kirche eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, eine ethische und moralische Herausforderung. Die katholische Soziallehre hat seit der ersten Sozialzyklika Rerum Novarum 1891 sich nicht nur für gute Arbeit, sondern auch für gerechte Löhne eingesetzt in zunehmender Deutlichkeit. In Laborem Exercens (1981) hatte Papst Johannes Paul, der Papst mit engen Kontakten zur polnischen Gewerkschaftsbewegung, die „Frage nach dem gerechten Lohn für die geleistete Arbeit“ als „Dreh- und Angelpunkt der Sozialethik“ bezeichnet und bereits damals die Idee des gerechten Familienlohns entfaltet.

Frau Sehrbrock hat eben unsere gemeinsame Position zum Menschenwürdigen Einkommen in der globalisierten Welt beschrieben. In der Umsetzung spielen staatliche Akteure (international, europäisch und national) eine Rolle ebenso wie Unternehmen und Gewerkschaften, aber auch zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen. Letztere können und sollen den sozialen Dialog befördern, vor allem, in dem sie die Selbstorganisation der informell und prekär Arbeitenden hier und in der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen. Sie können z. B. bei der Erarbeitung von Länderstrategien zur Umsetzung menschenwürdiger Arbeit eine wichtige Rolle spielen. Erst im Juli 2012 haben wir auf Anregung des Gesprächskreises eine 3-tägige Konferenz in Uganda zur Umsetzung des neuen ugandischen Länderprogramms zur menschenwürdigen Arbeit in Kampala durchgeführt. Justitia et Pax Uganda, die ugandische Metall,- Öl- und Gasgewerkschaft UMMOGAWU (Ugandan metall, mine, oil, gas and allied workers union) waren mit am Tisch, aber auch Regierung und Parlament in Uganda, kirchliche Einrichtungen und Verbände, Menschenrechtsexperten, Wissenschaftler, Sicherheitskräfte und das ILO-Länderbüro. Als Ergebnis dieser Konferenz gründete sich ein gemeinsames Aktionskomitee für menschenwürdige Arbeit in der informellen Wirtschaft in Uganda, in dem Regierung, Sozialpartner, sogar ein Verband informeller Unternehmer vertreten sind. Die Federführung liegt bei Justitia et Pax Uganda. Ein Beispiel, wie die Kooperation von Gewerkschaften und Kirche den sozialen Dialog befördern und sich in der Entwicklungszusammenarbeit segensreich für menschenwürdige Arbeit und menschenwürdiges Einkommen auswirken kann. Ein Beispiel auch, wie das, was hier auf dem Papier steht, wie die gemeinsamen Position und Handlungsempfehlungen von DGB und JP in die Tat umgesetzt werden können.

Bonn, 29.08.2012

Gertrud Casel